

Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer
Polizistinnen und Polizisten
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krömmel

- **Bundessprecher** -

Thomas Wüppesahl
Kronsberg 31
D - 21502 Geesthacht-Krömmel
Tel.: 04152 – 885 666
Fax: 04152 - 879 669

Donnerstag, 9. Dezember 2010

P R E S S E M I T T E I L U N G

Zu der Pressekonferenz vom heutigen Tag über die Auftragsarbeit des Bundesinnenministeriums an die sog. Werthebach-Kommission, das Bundeskriminalamt (BKA) endlich mit flächendeckenden Stützpunkten (= Dienststellen) in die Fläche zu dislozieren, um nach dem trojanischen Pferd dieser „Organisationsempfehlung“ anschließend die Befugnisse nochmals zu erweitern, nehmen wir Kritische PolizistInnen wie folgt Stellung:

**„Das Grauen: Bundes-Kripo in die Fläche,
Lenkung noch direkter aus dem BMI..“**

oder:

„Macht endlich Eure Pflichtaufgaben, wie z.B. Sicherung der Luftfracht!“

Der Bericht der Expertenkommission, die sich um den berühmt-berüchtigten (siehe Fußnote) Eckart Werthebach sammelte, um klare Verantwortlichkeiten und eine Vernetzung der Sicherheitsbehörden herbeizuführen, hat lediglich eine Zielsetzung:

Endlich eine Bundespolizei oder „Polizei des Bundes“ flächendeckend, parallel und letztlich an den Landespolizeien vorbei zu der vom Grundgesetz vorgegebenen Länderzuständigkeit zu implementieren.

Das – nichts anderes – ist auch der Grund dafür, weshalb der Bundesinnenminister, Herr Thomas de Maiziere, jede Nachfrage bzgl. der Integration der Steuerfahndung, des Zolls insgesamt, oder der Transformation dieser Polizeien der Finanzämter zu einer Bundesfinanzpolizei oder gar in die nach seinen Vorstellungen zu schaffende neue Konstruktion gemeinsam mit BKA und Bundesgrenzschutz/Bundespolizei so klare Absagen erteilt.

Er weiß genau, dass nur der von Eckart Werthebach herbeigeführte Vorschlag, das BKA und die Bundespolizei vorläufig weitestgehend eigenständig zu belassen, die Widerstände in den beiden zusammenzuführenden Bundespolizeien zunächst flach halten kann, um dann – nach einer angemessenen zeitlichen Schamphase – diesen zunächst wasserkopfähnlichen Ober-

Überbau unter Weglassen der jetzigen Amtsleitungen von BKA und Bundespolizei insgesamt vorzustehen.

Die dabei zu schaffende Ober-Polizei-Koordinationsbehörde im Bundesinnenministerium widerspricht jeglichen Erkenntnissen der Führungs-, Organisations- und Managementlehre. Sie soll auch nur als Interimslösung oben auf gesetzt werden.

Wir Kritischen PolizistInnen warnen nachdrücklich davor! Nicht bloß, dass die Länderzuständigkeiten bei den Polizeien weiter (!) unterminiert werden, sondern das BKA wird über diese Konstruktion über kurz oder lang in diverse Dienststellen der Bundespolizei „einziehen“.

Die Bahnpolizei der Deutschen Bundesbahn wurde damals in den Bundesgrenzschutz vor allen Dingen deshalb integriert, damit der BGS (jetzt: Bundespolizei) über den 50-Kilometer-Korridor seiner Grenzzuständigkeit hinaus im Alltagsgeschäft agieren konnte und die BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland sich langsam – wer frequentiert nicht mal oder häufiger die großen Bahnhöfe und mittlerweile auch Flughäfen – an eine Bundespolizei im Alltag gewöhnen konnten. Dies ist geschehen!

Schon jetzt schwimmt die Grenze zwischen nachrichtendienstlichen und polizeilichen Tätigkeiten gerade bei der Bundesanwaltschaft mit dem ihr angegliederten Bundesamt der Kriminalen, dem BKA. Sie würde noch weiter aufgelöst werden. BGS und BKA waren nur ausnahmsweise durch Sonderaufgaben und zur Unterstützung der Länder in der Fläche zuständig. Eigentlich ist die Grundgesetz-Regelung glasklar: „Polizei ist Ländersache“. Eigentlich!

Der Geist der Kanthers, Schäubles, de Maizeire`s und ihrer Fanclubs zeigt sich an den Grundlinien des BKA-Gesetzes (von denen wenige mittlerweile vom BVerfG kassiert wurden:

- Es dürfe keine überwachungsfreien Räume geben, wie die umfassenden Regelungen zum Lausch- und Videoangriff dokumentierten,
- Ebenso extensive Regelungen bei der Rasterfahndung, der Schleierfahndung dem Einsatz von V-Leuten und verdeckten Ermittlern, der Telekommunikationsüberwachung mit IMSI-Catchern und allem drum und dran
- Die §§ 20a bis 20x des BKA-Gesetzes sind die Folterinstrumente des Schnüffelstaates, und alles im präventiven Bereich, noch bevor überhaupt eine Straftat vorliegt. Schon mit diesem kompletten geheimdienstlichen Instrumentarium ist das BKA weniger als das BfV oder der BND kontrolliert
- Diese ganze Sicherheitsphilosophie zur „Ent-Fessel-ung der Polizeiarbeit“, also Beliebigkeit der Bürgerrechte und Gestaltung von Mammutbehörden, ist zum Scheitern verurteilt, wie die USA gerade vorleben, eine solche Sicherheitsphilosophie produziert geradezu Sicherheitslücken

Der nächste Schritt für die Zentralisten und geistigen Klone des ehemaligen, von 1971 bis 1981 wirkenden BKA-Präsidenten, Horst Herold (siehe auch: „Der Sonnenstaat des Doktor Herold“ von Hans-Magnus Enzensberger, oder: „seine Vorstellung von der **gesellschaftssanitären** Aufgabe der Polizei“), wird darin bestehen, das BKA als schein-neutrale und schein-kompetente, aber in jedem Falle omnipotente Bundeskriminalbehörde gewöhnungsfähig zu machen.

Die Etappen sind also klar:

- Bahnpolizei in den BGS (1992), um diesen in der Fläche zu implamentieren, **ergänzt** um die Sicherung der Flughäfen und der Flugsicherung

- BGS zur Bundespolizei (2005) umgewidmet, um den Truppenverband ziviler erscheinen zu lassen
- Das BKA durch das neue BKA-Gesetz (2009) übermächtig (s.o.) werden zu lassen
- Demnächst das BKA mit der dem BKA vollkommen wesensfremden Bundespolizei zu fusionieren, um das BKA ohne Amtshilfe, Ausnahmeregelungen oder andere juristische Kunststückchen in die Fläche zu bekommen und
- Hinzukommen soll auch noch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), einer angesichts der Bedeutung der Netzprobleme gerade auch des BKA gar nicht zu unterschätzende Aneignung dieses Bundesamts
- Anschließend noch den Zoll mit seiner Vielzahl an Zuständigkeiten ebenfalls für das Bundesinnenministerium zu vereinnahmen (die Begründung können wir heute schon „vorsingen“)
- Um darüber letztlich die Landeskriminalämter auszutrocknen, an den Rand zu drängen und den Landespolizeien mittel- bis langfristig allein die Zuständigkeit für kleine und mittlere Kriminalität zu belassen.

Wer diesem Konstrukt das die sog. Werthebach-Kommission vorgelegt hat und dem der BMI so auffällig schnell nur wenige Tage nach Lektüre des Berichts öffentlich auf der heutigen Präsentationspressekonferenz im Kern zustimmte – gerade auch aus den Bundesländern – zustimmt, sollte wissen, wohin der Weg führen wird und sich sehr bewusst entscheiden, ob er diesen Weg tatsächlich mitgehen will. Logisch: Derzeit noch alles ohne Grundgesetzänderungen.

Dieser pseudo-unabhängige Expertenbericht ist eine nicht bloß im Geiste abgelieferte ergebnisbezogene Auftragsarbeit!“

Mit der Bitte um Veröffentlichung verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Thomas Wüppesahl, für den Bundesvorstand

Bei elektronischem Versand ohne Unterschrift

Fußnote zu: Eckart Werthebach, dem Mann für's Grobe:

Die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelte im Jahr 1995 gegen den bisherigen Verfassungsschutzpräsidenten (und designierten Bonner Innenstaatssekretär) Eckart Werthebach, der Vorwurf: „*Verdacht auf Geheimnisverrat*“. Das im Oktober 1994 eingestellte Ermittlungsverfahren sei nach Vorlage neuer Beweismittel wieder aufgenommen worden. Der V-Amtschef soll im Oktober 1991 vertrauliche Unterlagen der Kölner Behörde zur Person des Datenschützers Thilo Weichert an die damalige brandenburgische FDP-Landtagsabgeordnete Fuchs weitergeleitet haben. Dadurch wurde, nach Auffassung der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen, Weicherts Wahl zum Datenschutzbeauftragten im Potsdamer Landtag vereitelt. Durch die Unterlagen sei der Mann in die linksextremistische Ecke gestellt worden.

Dr. Thilo Weichert ist seit 2004 Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein.

